

Von Gleichheit keine Spur

Der Streit um die Bundeswehr-Besuche an Schulen in NRW ist noch nicht beendet

DÜSSELDORF. Joachim Schramm ist höchst unzufrieden. Mit der Änderung des Kooperationsvertrages zwischen Bundeswehr und NRW-Schulministerium über den Bildungseinsatz von Jugendoffizieren im Klassenzimmer ist das Land weit hinter seiner Forderung zurückgeblieben.

Schramm ist Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft in NRW sowie Sprecher des Bündnisses „Schule ohne Bundeswehr“ und fordert vehement das Ende der Soldaten-Besuche an den Schulen im Lande: „Aber NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) hat offenbar der politische Mut gefehlt, die Einflussnahme der Bundeswehr auf die politische Bildung eindeutig zurückzuweisen.“

Stattdessen wurde die noch aus Zeiten der alten schwarz-gelben Landesregierung stammende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr jetzt dahingehend verändert, dass überall dort, wo Jugendoffiziere im Klassenzimmer referieren dürfen, auch Vertreter von Friedensbewegungen wie Pax Christi oder der Deutschen Friedensgesellschaft eingeladen werden müssen.

Mit Gleichheit hat das aus Sicht der Friedensgesellschaft und auch der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



Die Bundeswehr sucht verstärkt den Kontakt zu Schülerinnen und Schülern.

Foto dpa

(GEW) in NRW aber nichts zu tun. „Die Bundeswehr wird von extra dafür ausgebildeten Jugendoffizieren vertreten, in den Friedensgruppen sind fast nur Ehrenamtler tätig. Solange der Kooperationsvertrag – auch in seiner neuen Form – gilt, bleibt die Bundeswehr klar privilegiert“, sagt GEW-Geschäftsführer Michael Schulte.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, sieht das hingegen ganz anders. Der FDP-Politiker fürchtet vielmehr, dass künftig einige Kritiker der Bundeswehr im Klassenraum ihre „private

Meinung“ vertreten. Dagegen seien „Militarismusvorwürfe gegenüber den Streitkräften völlig neben der Sache“, sagte Königshaus. Eine Kritik, die Ludwig Hecke, Staatssekretär im NRW-Schulministerium, gar nicht nachvollziehen kann: „Die Weiterentwicklung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr ist einvernehmlich besprochen und gemeinsam unterzeichnet worden. Die gewollte Weiterentwicklung folgt dem Beutelsbacher Konsens: Was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, muss auch in der Schule kontrovers diskutiert werden.“

Und was sollen die Schulen jetzt tun? Am besten sich schlaue machen, rät Schramm und Schulte. Dafür bauen die Friedensgesellschaft, Pax Christi und die evangelische Kirche laut Schramm jetzt ein Netzwerk auf, das Schulen Kontakte vermitteln soll. „Aber eigentlich“, sagt Michael Schulte, „sollte schon jeder Politik-Lehrer jetzt wissen, wen er in seiner Stadt ansprechen kann. Das ist sein Job.“

Gerhard Vogelsang

Bei uns im Internet:

Forum Sollte die Bundeswehr überhaupt in Schulen auftreten?